

dbb *journal*

11. bis 13. Januar 2015

dbb Jahrestagung 2015

Verfassung ohne Verfallsdatum – Gesellschaft im Wertewandel

Sonderseiten:

10 Jahre
dbb Jahrestagung
in Köln



Wie gehabt: Autoversicherung mit dbb-Bonus

Jetzt neu: Verkehrs-Rechtsschutz mit Top-Leistung

Neu für dbb-Mitglieder:
Verkehrs-Rechtsschutz schon ab 38,70 Euro/Jahr

Mit der HUK-COBURG fahren dbb-Mitglieder gut und günstig:

Niedrige Beiträge sichern

Im Tarif Kasko SELECT sparen Sie gegenüber der normalen Kasko 20 % Beitrag ein.

25-Euro-Bonus mitnehmen

dbb-Mitglieder, die als Neukunde mit ihrer Autohaftpflichtversicherung zu uns wechseln, erhalten einmalig 25 Euro dbb-Bonus.

Verkehrs-Rechtsschutz abschließen

Beschäftigte im öffentlichen Dienst zahlen für den Verkehrs-Rechtsschutz bei der HUK-COBURG-Rechtsschutzversicherung AG, 96443 Coburg pro Jahr 38,70 Euro.

Gleich Angebot abholen

Die Adresse Ihres nächsten Ansprechpartners finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder auf www.HUK.de. Oder rufen Sie uns an: 0800 2 153153 – kostenlos aus deutschen Telefonnetzen.

Vorwort

Zu Beginn des neuen Jahres haben wir weitreichende verfassungspolitische Veränderungen für unser Land zu erwarten: Die Bundesregierung hat am 11. Dezember 2014 einen Gesetzentwurf zur Tarifeinheit beschlossen, der die grundgesetzlich gewährte Koalitionsfreiheit einschränken und damit einen aus unserer Sicht verfassungswidrigen Zustand herbeiführen würde. Das Gesetz löst keine Probleme, sondern führt zu Konflikten, die vorher nicht existierten und die unsere Tariflandschaft nachhaltig verändern werden: Es gibt bereits jetzt viele gute Beispiele für freiwillige Kooperationen konkurrierender Gewerkschaften. Im Vorfeld von Tarifverhandlungen sprechen sich Gewerkschaften ab und streben freiwillig tarifeinheitliche Regelungen an, jedoch unter Wahrung ihrer jeweiligen tarifautonomen Eigenständigkeit. Das ist nach unserer Auffassung gelebte gewerkschaftliche Solidargemeinschaft!

Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz lautet: „Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig ...“ Nach unserer Überzeugung ist der Verfassungstext eindeutig und lässt eine Unterordnung des Grundrechts auf Koalitionsfreiheit unter gesellschaftspolitische Zweckmäßigkeiten nicht zu. Deshalb möchten wir mit unserer Jahrestagung 2015 auch einen Beitrag zur politischen Diskussion um die Tarifeinheit und ihre Folgen leisten.

Wir möchten uns auch an der aktuellen Diskussion über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen beteiligen, die zahlreiche Fragen, die verfassungspolitische Veränderungen in Deutschland in den letzten Jahren betreffen, ins Visier nimmt. In diesem Rahmen



Marco Urban

soll auch die allgemeine Entwicklung im öffentlichen Dienst betrachtet werden: Wie leistungsfähig wird und kann der öffentliche Dienst in Zukunft noch sein, wenn der Staat und seine Verwaltung ihr Angebot an öffentlichen Leistungen veränderten Rahmenbedingungen anpassen müssen und gleichzeitig absehbar ist, dass der öffentliche Dienst auf motivierten und qualifizierten Nachwuchs angewiesen ist?

Zu diesen vielfältigen Fragestellungen erwarten wir mit großem Interesse die Ausführungen des Bundesinnenministers Dr. Thomas de Maizière sowie des Finanzministers von Nordrhein-Westfalen, Dr. Norbert Walter-Borjans. Die Antworten der Politik spiegeln auch den Zustand unserer Gesellschaft und die sie betreffenden Herausforderungen wider: Welche Werte prägen eine sich verändernde Gesellschaft in Deutschland? Wir freuen uns sehr, dass der frühere Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, MdB, uns seine Einschätzung zu Deutschland und (verfassungs-)politischen Herausforderungen geben und an seinen langjährigen Erfahrungen mit und in der Politik teilhaben lassen wird.

Mit dem Thema „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst“ greifen wir eine Problematik auf, die

erst vor wenigen Wochen durch den tödlichen Angriff auf einen Mitarbeiter im Jobcenter in Rothenburg ob der Tauber traurige Aktualität erfahren hat. Können die Dienstherren im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht mehr tun, müssen sie dies auch? Haben die Beschäftigten das Gefühl, mit ihren Problemen allein gelassen zu werden? Wir sind an einem Erfahrungsaustausch zu dieser Thematik interessiert und freuen uns auf den Bericht des Bayerischen Staatsministers des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann, sowie auf weitere Erkenntnisse aus der Diskussion von Prof. Dr. Bernhard Frevel von der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Nordrhein-Westfalen und dem Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Rainer Wendt. Moderiert wird unsere Tagung in bewährter Weise von der Fernsehjournalistin Dunja Hayali.

Ich wünsche Ihnen eine vielseitige und interessante dbb Jahrestagung 2015, mit der Gelegenheit zu zahlreichen persönlichen Gesprächen und Begegnungen. Herzlich willkommen!

Klaus Dauderstädt,
dbb Bundesvorsitzender

11. bis 13. Januar 2015, Congress-Centrum Nord Koelnmesse

Verfassung ohne Verfallsdatum – Gesellschaft im Wertewandel

Sonntag, 11. Januar 2015

ab 19.00 Uhr **Begrüßungsabend im „Wartesaal am Dom“**
Grußwort
Jürgen Roters
Oberbürgermeister der Stadt Köln

Montag, 12. Januar 2015

10.00 bis 12.00 Uhr **Gewerkschaftspolitischer Auftakt**
Klaus Dauderstädt
Begrüßung und Ansprache des dbb Bundesvorsitzenden
Dr. Thomas de Maizière, MdB
Bundesminister des Innern
Dr. Norbert Walter-Borjans
Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen

12.00 bis 13.30 Uhr **Mittagessen**

13.30 bis 14.30 Uhr **Podiumsdiskussion** mit Vertretern der Bundestagsfraktionen zur Lage des öffentlichen Dienstes:
Armin Schuster, MdB
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Mahmut Özdemir, MdB
SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Frank Tempel, MdB
Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag
Irene Mihalic, MdB
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag
Moderation: Dunja Hayali

14.30 bis 15.15 Uhr **Fachvortrag**
„Verfassung ohne Verfallsdatum – Gesellschaft im Wertewandel“
Peer Steinbrück, MdB

15.15 bis 17.00 Uhr **Get together**

Dienstag, 13. Januar 2015

10.00 Uhr **„Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst“**
Vortrag und Podiumsdiskussion
Joachim Herrmann, MdL
Bayerischer Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr

10.30 bis 11.30 Uhr **Podiumsdiskussion**
Prof. Dr. Bernhard Frevel
Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW
Rainer Wendt
Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft
Moderation: Dunja Hayali

11.30 Uhr **Schlusswort**
Klaus Dauderstädt
dbb Bundesvorsitzender

11.45/12.00 Uhr **Mittagessen**

Stand: 6. Januar 2015

Impressum

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon 030.4081-40, Fax 030.4081-5599, E-Mail: magazin@dbb.de, Internet: www.dbb.de

Redaktion: Dr. Walter Schmitz (verantwortlich), Christine Bonath, Jan Brenner

Layout: Benjamin Pohlmann. Titelbild: davis – fotolia

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen, E-Mail: mediacyenter@dbbverlag.de, Internet: www.dbbverlag.de
Druck: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, E-Mail: info@schaffrath.de, Internet: www.schaffrath.de



Making-of für 2. Staffel:

„Die Unverzichtbaren“ – Part II

„Die Unverzichtbaren – Part II“ – die bundesweite Nachwuchskampagne des dbb für den öffentlichen Dienst ist eine Erfolgstory! Gestartet Ende 2013, hat sie nach einem Jahr Laufzeit bereits mehrere Millionen Kontakte erreicht: über die Homepage, Plakate und Postkarten sowie die „Lehrermappe öffentlicher Dienst“ an Schulen, über Facebook, das Jugendmagazin SPIESSER, Onlinebanner in Ausbildungsmagazinen, U-Bahn-Fernsehen und -Plakate. Und das Beste: Die Kampagne läuft weiter! Das Making-of der „2. Staffel“ von „Die Unverzichtbaren“ ist in vollem Gange – mit fünf neuen Gesichtern, die noch mehr neugierige junge Menschen für einen Job im öffentlichen Dienst interessieren sollen: eine Erzieherin, eine Justizvollzugsbedienstete, eine Vermesserin, ein Krankenpfleger und ein Straßenwärter werben ab Anfang 2015 für einen der spannendsten Arbeitgeber in Deutschland.

Es ist erstaunlich ruhig, als das Drehteam die „Villa Kunterbunt“ betritt, eine Kindertagesstätte im niedersächsischen Peine. Eigentlich waren Regisseur und Kameramann auf laute, spielende, schreiende und tobende Kinder eingestellt. Doch als Adile Salucu, die junge Erzieherin, die heute für „Die Unverzichtbaren“ vor der Kamera steht, zur Begrüßung kommt, ist von Kindern erst mal keine Spur – Schlafenszeit! Die 26-Jährige arbeitet seit einem Jahr in der Kita. Dass sie Erzieherin werden wollte, war ihr schon früh klar, berichtet sie dem Redakteur. Wenn sie schmunzelnd von ihrer Kind-

heit erzählt und dem Spielen mit ihren Geschwistern, ist der Unterschied zu ihrem Alltag heute kaum herauszuhören. „Ich habe damals schon immer die Erzieherin gespielt. Mit einer Tasche von meiner Mutter und einem Block und Stiften habe ich meinen kleinen Geschwistern erklärt, was richtig ist und was falsch.“

Wenn Adile jetzt morgens in den Kindergarten kommt, dann ist es ein bisschen wie damals. Sie begrüßt die Kinder, es gibt einen Morgenkreis, in dem gesungen und gespielt wird, und sie hilft den Kleinen beim Essen.

Ob sie nun mit den Kindern bastelt, knetet oder kleine Projekte vorbereitet – es gibt immer was zu tun. An ihren ersten Arbeitstag erinnert sich Adile noch genau: „Ich war total nervös“, erzählt sie. Als Auszubildende sah ihre Arbeit zwar vorher nicht anders aus, „aber jetzt muss ich meine Augen und Ohren wirklich überall haben. Ich bin diejenige, die die Verantwortung trägt.“

Adile Salucu ist eins der fünf neuen Gesichter für die Kampagne „Die Unverzichtbaren“, die jungen Menschen Lust auf einen Einstieg in den öffent-



lichen Dienst machen soll. Vom dbb Ende 2013 gestartet, erntet die bundesweite Nachwuchskampagne viel Beifall aus Politik, Verwaltungen und Verbänden. Nachdem eine Lehrerin, eine Polizeibeamtin, ein Fachinformatiker, ein Feuerwehrmann und ein Steuerfahnder die ersten „Unverzichtbaren“ waren und für ihre spannenden Berufsfelder im Staatsdienst warben, tun dies nun in der zweiten Staffel fünf neue Berufsvertreterinnen und Vertreter: Neben Erzieherin Adile Salucu eine Justizvollzugsbedienstete, eine Vermesserin, ein Krankenpfleger sowie ein Straßenwärter.

„Wir sind sehr glücklich über unsere Entscheidung, diese Kampagne ins Leben gerufen zu haben“, sagt der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt zum Auftakt der 2. Staffel, die Anfang 2015 in Gestalt von Plakaten, Postkarten an Tausenden Schulen und neuen Inhalten auf der Homepage sowie diversen Anzeigen anlaufen wird.

► Unverzichtbare Kampagne

„Die Unverzichtbaren‘ sind tatsächlich unverzichtbar, wenn wir uns die Fachkräftemangelsituation im öffentlichen Dienst vor Augen halten“,

betont der dbb Chef. „Uns fehlen Hunderttausende Beschäftigte in den kommenden Jahren, und noch ist der Staatsdienst bestenfalls in Umfragen unter den beliebtesten Arbeitgebern. Das müssen wir substantiell ändern“, fordert Dauderstädt und ermuntert Dienstherrn, Arbeitgeber und Politik, die Kampagne zu unterstützen: „In Sachen Nachwuchs müssen wir alle an einem Strang ziehen. Es kann nicht angehen, dass die Beschäftigten allein im Regen stehen gelassen werden und sich alleine um ihre Nachfolgerinnen und Nachfolger kümmern müssen.“ ■



Einkommensrunde 2015:

dbb fordert 5,5 Prozent mehr Geld

5,5 Prozent Einkommensplus, mindestens aber 175 Euro mehr, lautet die Forderung des dbb für die Einkommensrunde im öffentlichen Dienst der Länder, die am 16. Februar 2015 startet. Auszubildende sollen eine Entgelterhöhung von 100 Euro monatlich erhalten und dauerhaft übernommen werden. Das Tarifiergebnis soll zudem zeit- und inhaltsgleich auf die 2,2 Millionen Beamten und Versorgungsempfänger der Länder und Kommunen übertragen werden. Das beschlossen Bundestarifkommission und Bundesvorstand des dbb am 18. Dezember 2014 in Berlin.



► dbb Chef Klaus Dauderstädt (Mitte) erläuterte die Einkommensforderung im Rahmen einer Pressekonferenz am 18. Dezember 2014 in Berlin. Links der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske, rechts dbb Tarifchef Willi Russ.

„Die Infrastruktur in Deutschland wird von Bürgern und Wirtschaft geschätzt und genutzt. Allerdings ist ihre Qualität zunehmend bedroht, weil eine wesentliche Säule dieser Infrastruktur, der öffentliche Dienst der Länder, kaputtgespart wird“, sagte dbb Vize und Vorstand Tarifpolitik Willi Russ in Berlin. Wenn Arbeitgebern wie Dienstherren nicht endlich klar werde, dass sie in ihr Personal investieren müssten, werde es Deutschland in Zukunft schwer haben, Herausforderungen wie den demografischen Wandel, Zuwanderung und Digitalisierung zu schultern, warnte Russ, der die

Tarifverhandlungen für den dbb führen wird.

Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt betonte auf der Pressekonferenz zur Einkommensforderung die Bedeutung der anstehenden Tarifrunde für den Beamtenbereich: „Die entwürdigende Deckelungs-, Streckungs- und Kürzungspraxis aus dem Jahr 2013, die mit Ausnahme von Bayern und Hamburg in allen Bundesländern an den Tag gelegt wurde, als es um die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Landes- und Kommunalbeamten ging, darf sich nicht wiederholen.“

Bevor die Verhandlungen über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder, von dem etwa 2,4 Millionen Beschäftigte betroffen sind, im Februar beginnen, hatte der dbb auf bundesweiten Branchentagen die Diskussion mit den Mitgliedern seiner Fachgewerkschaften gesucht.

► Mit Branchentagen Stimmungsbild gesammelt

Die Beschäftigten aus den verschiedensten Berufsgruppen machten sich dabei das Motto „Sie und Ihre Meinung: Unverzichtbar!“ zu eigen und brachten ihre Erwartungen und in-



> Breite Zustimmung: Bundesvorstand und Bundestarifkommission des dbb beschlossen die Einkommensforderung am 18. Dezember 2014 in Berlin gemeinsam.

Die Kernpunkte der Einkommensforderung

- > Erhöhung der Tabellenentgelte (TV-L und TVÜ-Länder) um 5,5 Prozent, mindestens aber um 175 Euro
- > Erhöhung der Entgelte für alle Auszubildenden um 100 Euro monatlich
- > Laufzeit 12 Monate
- > Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifeinigung auf den Beamtenbereich
- > Dauerhafte Übernahme aller Auszubildenden im Länderbereich
- > Schaffung einer Entgeltordnung für Lehrkräfte

haltlichen Forderungen in lebhaften Diskussionen mit den dbb Vertretern zur Sprache. Zentrale Forderungen: angemessene Bezahlung und Personalausstattung, mehr Einsatz für Nachwuchsgewinnung und -förderung und natürlich die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten.

Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt machte in Berlin deutlich, dass Einkommensunterschiede, wie sie derzeit zu Beschäftigten des Bundes und der Kommunen bestehen, für die im Landesdienst Tätigen nicht hinnehmbar seien. So betrage der Abstand zu Bund und Kommunen jetzt 1,42 Prozent, ab März 2015 sogar 3,85 Prozent. „Für die Beamtinnen und Beamten in Berlin wie in den anderen Ländern fordern wir eine parallele Übernahme der Tarifanpassungen. Aber während der Bund eine gute Übernahmepaxis vorlebt, tun dies die Länder nur teilweise“, kritisierte Dauderstädt.

Bundesweit hatte es 16 Branchentage gegeben, an denen sich unter anderem die dbb Mitgliedsgewerkschaften komba, DSTG, DPoIG, VDstra., VBE, DPhV, BSBD, BDF und vdlA beteiligt hatten. „Unserem Ziel, mehr Diskussion, mehr Mobilisierung und mehr Entschlossenheit bereits

im Vorfeld der eigentlichen Verhandlungsrunden zu erreichen und zu demonstrieren, haben uns diese Diskussionsveranstaltungen ein gutes Stück näher gebracht“, zog Willi Russ, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, Bilanz der Branchentage. „Und das ist auch notwendig. Denn wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass auch im öffentlichen Dienst nichts mehr erreicht werden kann, wofür wir uns nicht alle gemeinsam einsetzen“, so Russ, der die Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) führen wird. „Die vorgebrachten Argumente nehmen wir mit an den Verhandlungstisch“, versicherte Russ.

Ebenfalls ein großes Thema: die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra sagte in Böblingen: „Wir haben in den vergangenen Monaten erlebt, wie etwa Beschäftigte von Finanzämtern oder der Arbeitsagentur gezielt attackiert wurden. Das ist in dieser Form ein neues Phänomen. Bei der Polizei – man muss es leider so sagen – gehören solche Erfahrungen schon länger zum traurigen Alltag. Der Staat muss hier endlich reagieren und seine Beschäftigten besser schützen.“



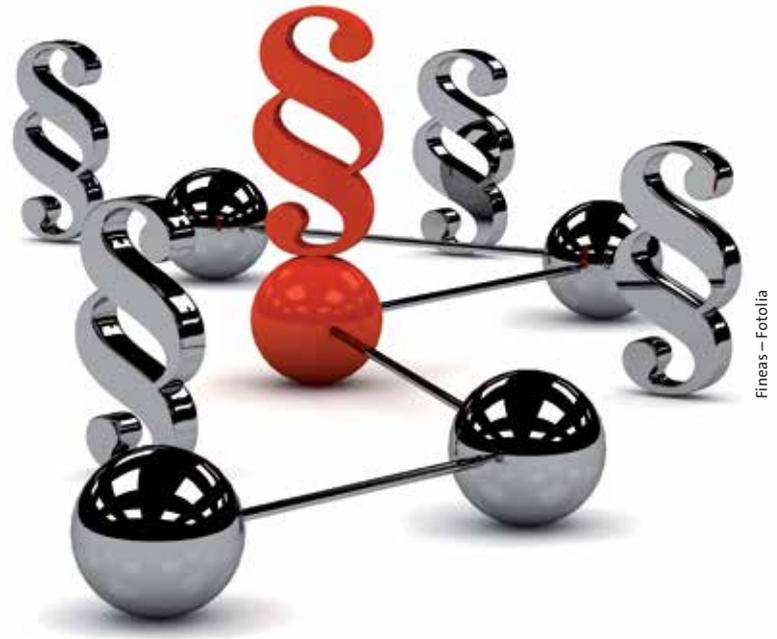
> Auf insgesamt 16 Branchentagen hatten Mitglieder Gelegenheit, ihre Erwartungen an die Einkommensrunde 2015 mit der dbb Spitze zu diskutieren. Hier Beschäftigte der Straßenmeisterei Wittlich mit dbb Tarifchef Willi Russ (Zweiter von rechts).



Politischer Auftakt:

Verfassung ohne Verfallsdatum – Gesellschaft im Wertewandel

Welche Antworten werden die Akteure der dbb Jahrestagung 2015 auf die Frage nach dem Wertewandel in unserer Gesellschaft geben – wohl wissend, dass es „die“ Lösung nicht geben kann? Wie Beschäftigte des öffentlichen Dienstes den Wertewandel in ihrem Berufsalltag erleben, mag stellvertretend für alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung die Zuschrift eines besorgten stellvertretenden Schulleiters aus Rheinland-Pfalz an das dbb magazin verdeutlichen:



Fineas – Fotolia

„Es ist doch von Gesellschaft und Bediensteten des öffentlichen Dienstes akzeptiert, wenn nicht sogar gewünscht, Bedienstete nicht zu schützen! Dieses mache ich für mich selbst daran fest, dass Staatsanwälte – doch wohl auch selbst Bedienstete des öffentlichen Dienstes – Anzeigen wegen verbaler und tätlicher Übergriffe auf Lehrer niederschlagen wegen ‚fehlenden öffentlichen Interesses‘! Dies ist im vergangenen Schuljahr mindestens zweimal bei uns an der Schule Kollegen so widerfahren. Damit haben die Schüler nun eindeutig gelernt: Du darfst Lehrer so beleidigen und auch körperlich bedrohen. Es passiert dir nichts! Und dieses Verhalten werden sie dann – gut gelernt und

eingeeübt – auch auf andere Träger staatlicher Aufgaben übertragen. Ob sie das dann in Amtsstuben oder gegenüber Polizei oder Ordnungsamtsmitarbeitern in der Öffentlichkeit tun, ist nur eine Frage der Gelegenheit. Und wie weit das eskaliert, ist dann nur noch eine Frage des Typs und seiner Stimmung zur Zeit des Vorfalls. Bei uns ist es schon so weit, dass Kolleginnen aus daraus resultierender Angst Schülerinnen und Schülern kein Feedback zu ihrem Verhalten geben. Wissend, dass es ohne jede Konsequenz für die jungen Menschen bliebe, lassen Lehrerinnen und Lehrer es lieber bleiben. Denn beschimpfen und beleidigen mag man sich ja nun auch nicht so gerne lassen.“

Grundsatzfrage ...

Zum 10. Mal findet die dbb Jahrestagung in Köln statt. Im Fokus steht diesmal der Wertewandel in unserer Gesellschaft, der sich nicht zuletzt in zunehmender Gewalt gegenüber Beschäftigten des öffentlichen Dienstes manifestiert. Muss der Staat sich als „starker Staat“ neu definieren?

... an Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière

Wir sind eine wehrhafte Demokratie und haben einen kraftvollen, handlungsfähigen Staat. Das möchte ich vorwegstellen, damit wir die Sorgen der Beschäftigten zwar aufnehmen, aber nicht verstärken. Wenn Hooligans Demonstrationsrechte instrumentalisieren, um unter diesem Deckmantel Schlägereien mit Polizisten anzuzetteln, dann schützt die Demokratie solche Versammlungen nicht. Und wenn Einzelne aus Frust oder Respektlosigkeit gegenüber staatlichen Entscheidungen stellvertretend Beschäftigte des öffentlichen Dienstes körperlich angreifen, sind sie ein Fall für die Staatsanwaltschaften. Wir sollten aber die Täter nicht dadurch „adeln“, dass wir ihnen auch noch Einfluss auf unser staatliches Selbstverständnis zuschreiben!



Empörend sind auch die Pöbeleien, die alltäglichen Respektlosigkeiten, die einem Polizisten, einem Feuerwehrmann, einer Sachbearbeiterin im Jobcenter das Leben schwer machen. Sie stehen in gewisser Weise im Widerspruch zu dem gleichzeitig hohen Ansehen der Staatsdiener und der Beschäftigten. Doch bevor wir über präventive oder reaktive Maßnahmen und Verhaltenspläne reden, müssen wir die Lage weiter aufklären: Besonders bei den Polizeien ist uns die alltägliche Konfrontation mit Gewalt und Beleidigungen bekannt. Auf diesen Bereich haben sich die Arbeiten in meinem Haus daher auch bislang konzentriert. Aber wo, in welcher Erscheinungsform und aus welchen Gründen treten die Gewaltphänomene gegenüber anderen Beschäftigten im öffentlichen Dienst noch auf? Hier müssen wir uns ein genaueres Bild verschaffen. Daher begrüße ich es, dass wir gemeinsam mit dem dbb das Thema weiter vertiefen, sowohl auf der tatsächlichen Ebene als auch mit möglichen Handlungsempfehlungen. Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst ist nicht hinnehmbar und wir müssen ihr im Interesse unserer Beschäftigten und im gesamtgesellschaftlichen Interesse auf Bundes- und auf Länderebene mit geeigneten Maßnahmen begegnen. Die dbb Jahrestagung wird mit diesem Tagungsschwerpunkt hier weiteren Erkenntnisgewinn bringen.

... an NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft

Anfeindungen, Distanzlosigkeit und Aggressivität – nicht nur Polizeibeamtinnen und -beamte müssen tagtäglich erfahren, dass der Respekt vor ihrem Beruf schwindet. Mir ist bewusst, dass für viele der Dienst an der Gemeinschaft manchmal schwierig ist. Die besorgniserregend wachsende Zahl an Fällen von Gewalt gegenüber Beschäftigten des öffentlichen Dienstes macht das deutlich. Aber auch die beleidigende E-Mail oder die Beschimpfung am Telefon kann verletzen. Gleichzeitig müssen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst eine Vorbildfunktion erfüllen. Denn es ist die Verpflichtung aller staatlichen Stellen, auf die Achtung und den Schutz der Menschenwürde zu achten. Das ist ein klarer Auftrag an uns alle – ohne Verfallsdatum. Als Politik haben wir die Aufgabe, für mehr Respekt im wechselseitigen Umgang und gegenüber den Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu werben. Allen, die sich mit Courage und Besonnenheit unter hohem persönlichen Einsatz für unsere Gesellschaft täglich einsetzen, möchte ich bei dieser Gelegenheit ausdrücklich danken. Ihnen gilt meine Anerkennung. Lassen Sie uns immer stets gute Vorbilder sein und dafür werben, dass Rücksichtnahme und Wertschätzung füreinander auch in einer sich wandelnden Gesellschaft Bestand haben. Das ist ein wichtiger Beitrag, das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft zu bewahren.





... an den Kölner Oberbürgermeister Jürgen Roters

Es ist und bleibt Aufgabe der öffentlichen Verwaltung, sich der Fragen und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger anzunehmen.

Es ist gleichzeitig unzweifelhaft, dass Erwartungshaltung immer häufiger in Aggressivität gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltung umschlägt. Das Spektrum reicht von denjenigen, die den gewünschten Kitaplatz nicht bekommen, über die, deren Baugenehmigung nicht schnell genug erteilt wird, bis zu denen, die mit Entscheidungen des Sozialamts oder der Arbeitsverwaltung nicht zufrieden sind.

Die selbstformulierten Ansprüche vieler Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Verwaltung werden immer höher. Manche verstehen Bürgernähe als sofortige Erfüllung ihres Anliegens oder ihrer Forderung. Es ist auch festzustellen, dass Bürgerinnen und Bürger zu einer solchen Haltung ermutigt werden durch die skandalisierende Berichterstattung über Verwaltungshandeln in den Medien. Es bleibt weiter Aufgabe des Staates, die Entscheidungshintergründe und Spielregeln für Verwaltungsentscheidungen transparent zu machen. Darin kann er Stärke zeigen.



meaningMedia

Grußwort der NRW-Landesregierung

Stellvertretend für Ministerpräsidentin Hannelore Kraft wird Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans den Tagungsteilnehmern die Grüße des gastgebenden Landes Nordrhein-Westfalen überbringen. Es ist seine dritte Rede auf einer dbb Jahrestagung nach 2012 und 2014, während sein Kabinettskollege Ralf Jäger als Landesinnenminister diesen Part 2011 und 2013 übernommen hatte. Die Zuhörer können gespannt sein, ob die erneute Anwesenheit des Finanzministers die hohe Bedeutung seines Ressorts für die Dienstrechts- und Besoldungspolitik in Nordrhein-Westfalen widerspiegeln wird ...

Dr. Norbert Walter-Borjans

... wurde 1952 in Krefeld-Uerdingen geboren und beendete seine Schulzeit 1971 mit dem Abitur. Nach einjährigem Informatikstudium in Bonn wechselte er 1972 zur Volkswirtschaftslehre und graduierte 1978 zum Diplom-Volkswirt. 1980 kehrte Walter-Borjans in den Universitätsbetrieb zurück und promovierte 1982 an der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln. Bis 1984 war der Ökonom dort wissenschaftlicher Assistent und wechselte dann in die nordrhein-westfälische Staatskanzlei. 1996 bis

1998 wirkte er als Regierungssprecher unter Ministerpräsident Johannes Rau. 2004 wurde er unter Ministerpräsident Peer Steinbrück Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Wirtschafts- und Arbeitsministerium. Im Juni 2010 wurde Walter-Borjans in der rot-grünen Landesregierung unter Ministerpräsidentin Hannelore Kraft nordrhein-westfälischer Finanzminister. Als Angehöriger des „Kabinetts Kraft II“ führt er das Finanzministerium auch nach den vorgezogenen Neuwahlen im Juni 2012.



Staatskanzlei NRW

Wichtige Kölner Themen:

Tarifeinheitsgesetz

Am 11. Dezember 2014 hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur Tarifeinheit auf den Weg gebracht. dbb Chef Klaus Dauderstädt hatte die Bundesregierung nur wenige Stunden zuvor aufgrund erheblicher verfassungsrechtlicher Bedenken nochmals nachdrücklich aufgefordert, von dem geplanten Eingriff in die grundgesetzlich garantierte Koalitionsfreiheit abzusehen. „Obwohl Streikrecht und Friedenspflicht im Gesetzestext nicht ausdrücklich erwähnt werden, ist doch das ganze Gesetz darauf ausgerichtet, Arbeitskämpfe kleinerer Gewerkschaften dadurch zu untersagen, dass sie von Arbeitsgerichten stets als unverhältnismäßig, weil auf ein rechtlich unmögliches Ziel gerichtet, angesehen würden. Außerdem wird auch das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung tangiert, wenn die Gewerkschaftszugehörigkeit der Beschäftigten ohne deren Zustimmung offengelegt wird, um die Stärke einer Gewerkschaft im ‚Betrieb‘ zu messen“, sagte der dbb Chef.



Marco Urban

Sollte die Zwangstarifeinheit tatsächlich in der vorgesehenen Form vom Gesetzgeber beschlossen werden, bleibe dem dbb nur der Weg vor das Bundesverfassungsgericht. Dauderstädt: „Natürlich werden wir den Rechtsweg beschreiten. Die Koalitionsfreiheit ist ein viel zu hohes Gut, um sie zum Gegenstand kurzfristiger Tauschgeschäfte zwischen BDA, DGB und Bundesregierung zu machen. Wir sind sicher, dass das Projekt in seiner jetzigen Form einer

Prüfung in Karlsruhe nicht standhalten würde und können vor diesem Hintergrund nur warnen, das Gesetzesvorhaben weiter zu verfolgen. Die Politikerverdrossenheit in der Bevölkerung – auch und vor allem im öffentlichen Dienst – wird weiter gefördert, wenn Bundesregierung und Bundestag immer öfter Gesetze beschließen, die über kurz oder lang vom Bundesverfassungsgericht nachgebessert oder kassiert werden müssen.“ ■

„Mütterrente“ für Beamtinnen

dbb Chef Klaus Dauderstädt hat bekräftigt, dass die jüngsten Verbesserungen im Rentenrecht wirkungsgleich auf den Beamtenbereich übertragen werden müssen. Im Gespräch mit der Zeitung „Schwarzwälder Bote“ (Ausgabe vom 8. Dezember 2014) verwies er darauf, dass „man über Jahrzehnte hinweg Verschlechterungen in der Rente auch auf die Beamten übertragen“ hat. Dazu zähle die Anhebung der Altersgrenze in Richtung 67 Jahre oder die Absenkung des Versorgungsniveaus von 75 auf 71,5 Prozent der letzten Bruttobezüge. „Wenn jetzt einmal etwas Positives kommt wie die abschlagsfreie

Rente nach 45 Beitragsjahren mit 63 oder auch die Mütterrente, die verbessert worden ist, dann können wir nicht einfach so tun, als wären die Beamten jetzt nicht mit dabei. Entweder man macht generell wirkungsgleiche Übertragung oder man lässt es ganz. Wir sagen, das muss man parallel vollziehen, bei negativen wie bei positiven Entwicklungen“, so der dbb Chef.

In der Frage der Mütterrente sei in Bayern eine Umsetzung erreicht worden, stellte Dauderstädt fest. „Mit dem Bund streiten wir noch. Wir haben die Hoffnung gehabt, der Bund würde das auch nachvollziehen. Nun

warten viele Bundesländer ab, was der Bund macht. Wir haben unsere Forderung aber keineswegs aufgegeben“, sagte Dauderstädt. Bundesinnenminister Thomas de Maizière habe zwar im Interview mit dem dbb magazin (Dezember-Ausgabe) erklärt, er werde dazu kein Gesetz vorlegen. „Aber wir sehen uns auf unserer Jahrestagung in Köln, und ich habe ihm vorab bereits angekündigt, dass wir wieder das Florett kreuzen werden. Ich würde es auch aushalten, wenn Verbesserungen erst im nächsten oder übernächsten Jahr eintreten. Dann aber mit Wirkung auf die Vergangenheit.“ ■



Gewerkschaftspolitischer Auftakt:

Podiumsdiskussion zur Lage des öffentlichen Dienstes

Wie in jedem Jahr werden innenpolitische Experten der Bundestagsfraktionen über die Fortentwicklung des öffentlichen Dienstes diskutieren, der nicht nur von der anhaltenden Sparpolitik gekennzeichnet wird, sondern auch durch den Fachkräfte- und Nachwuchsmangel, der viele Verwaltungsbereiche an die Grenzen ihrer Funktionsfähigkeit führt. Was kann, was muss getan werden? Und wie kann, wie muss der Staat mit dem Wertewandel in der Gesellschaft umgehen?

Armin Schuster

... wurde 1961 in Andernach/Rhein geboren und besuchte von 1980 bis 1983 die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Köln und Lübeck.

Von 1986 bis 1992 studierte er Wirtschaftswissenschaften an der Fernuniversität Hagen und arbeitete in den Jahren 1986 bis 1989 zugleich im Bundesinnenministerium. 1995 erwarb Schuster an der Hochschule der Polizei Münster die Laufbahnbe-

fähigung für den höheren Dienst. Nach verschiedenen beruflichen Stationen, darunter in leitenden Funktionen bei der Bundespolizei, war er 1999 bis 2002 Dozent an der Fachhochschule des Bundes. Von 2004 bis 2009 leitete Schuster als Polizeidirektor die Bundespolizeiinspektion in Weil am Rhein.

1987 wurde er Mitglied der CDU. 2009 zog er als Abgeordneter in den Deutschen Bundestag ein.

Im September 2013 wurde Armin Schuster erneut in den Deutschen Bundestag gewählt.



Mahmut Özdemir

... wurde am 23. Juni 1987 in Duisburg geboren und besuchte dort nach der Gemeinschaftsschule Ottostraße von 1997 bis 2006 das Franz-Haniel-Gymnasium. Nach dem Abitur studierte er bis August 2010 an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf Jura mit Schwerpunkt „Öffentliches Recht“. Im März 2011 legte Özdemir das erste juristische Staatsexamen ab. Seit September 2007 arbeitete er als Mitarbeiter der SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen mit den Tätigkeitsschwerpunk-

ten Assistenz für die Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse I und II, fachliche Assistenz im Bereich Strafvollzug, Gutachtertätigkeiten im Aufgabenressort Staatspolitik für Verfassungs- und Parlamentsrecht. Von Juni 2011 bis Mai 2013 absolvierte er den juristischen Vorbereitungsdienst als Rechtsreferendar im Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf. Zurzeit befindet er sich im Prüfungsverfahren zum zweiten Staatsexamen und ist beurlaubt. Özdemir gehört erstmals dem Deutschen

Bundestag für die SPD an und ist unter anderem Mitglied im Bundestagsinnenausschuss.



Frank Tempel

... kam 1969 im brandenburgischen Belzig zur Welt und absolvierte nach dem Besuch einer Polytechnischen



Die Linke

Oberschule eine dreijährige Berufsausbildung mit Abitur zum Landmaschinen Schlosser.

1988 schlug er die Berufsoffizierslaufbahn bei der Nationalen Volksarmee der DDR ein, konnte sein Studium an der Offiziershochschule in Suhl infolge der politische Wende jedoch nicht beenden.

Ab 1993 begann Tempel eine Ausbildung zum mittleren Polizeivollzugsdienst in Thüringen, wechselte nach

deren Abschluss im Dezember 1996 an die Polizeischule Meiningen, die er zwei Jahre später als Diplomverwaltungswirt (FH) verließ. 1999 wurde er zum Kriminalbeamten im gehobenen Dienst ernannt. Seit 2009 gehört er der Fraktion der Linken im Deutschen Bundestag an.

Bei der Bundestagswahl 2013 kandidierte Frank Tempel erneut und blieb Abgeordneter des Deutschen Bundestages.

Irene Mihalic

... wurde 1976 in Waldbröl/Oberbergischer Kreis geboren. Nach dem Studium an der Fachhochschule für



Bündnis 90/Die Grünen

öffentliche Verwaltung, das sie als Diplom-Verwaltungswirtin (FH) abschloss, arbeitete sie in verschiedenen Bereichen der Polizei NRW, seit 2007 beim Polizeipräsidium Köln.

2006 trat sie in die Partei Bündnis 90/Die Grünen ein und gehörte von 2007 bis 2009 dem Kreisvorstand der Gelsenkirchener Grünen an. Seit 2009 ist Irene Mihalic Mitglied im Rat der Stadt Gelsenkirchen und stellvertre-

tende Vorsitzende der Grünen-Ratsfraktion.

Seit 2010 gehört sie dem Landesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen NRW an. 2013 wurde sie erstmals in den Deutschen Bundestag gewählt. In den kommenden vier Jahren wird sie als Mitglied der Grünen-Bundestagsfraktion sich vorwiegend mit Themen der Innen- und Sicherheitspolitik befassen.

Dunja Hayali

... kam am 6. Juni 1974 im westfälischen Datteln als Tochter eines Arztes und einer Pharmazeutin zur Welt.



ZDF

Ihre Eltern stammen aus dem Irak. Als Jugendliche zeigte Dunja Hayali, die mit zwei älteren Geschwistern aufwuchs, großes Interesse am Sport. 1995 schrieb sie sich an der Deutschen Sporthochschule in Köln ein und absolvierte bis 1999 ein Studium mit dem Schwerpunkt Medien- und Kommunikationswissenschaften. Bereits während ihres Studiums lernte sie im Rahmen von Praktika den Betrieb bei einigen deutschen Radio- und Fernsehsendern kennen und arbeitete nach ihrem Studienabschluss

unter anderem als Sportmoderatorin beim Radio der Deutschen Welle (Köln/Bonn).

Von April 2007 bis September 2010 war Dunja Hayali Moderatorin der ZDF heute-Nachrichten und Co-Moderatorin beim heute journal. Seit Oktober 2007 gehört sie zum Team des ZDF-Morgenmagazins, das sie seit Oktober 2010 neben Wulf Schmiess oder Mitri Sirin in der Spätschiene von 7 bis 9 Uhr als Hauptmoderatorin präsentiert.



Grundsatzfrage ...

Zum 10. Mal findet die dbb Jahrestagung in Köln statt. Im Fokus steht diesmal der Wertewandel in unserer Gesellschaft, der sich nicht zuletzt in zunehmender Gewalt gegenüber Beschäftigten des öffentlichen Dienstes manifestiert. Muss der Staat sich als „starker Staat“ neu definieren?

... an Peer Steinbrück, MdB, Bundesfinanzminister a. D.

Als das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft trat, konnte niemand ahnen, dass es auch 66 Jahre später noch existieren würde – schon gar nicht, dass es einmal die Verfassung eines wiedervereinigten Deutschlands sein würde. Das Grundgesetz hat, wie Navid Kermani es ausdrückt, Wirklichkeit geschaffen durch die Kraft des Wortes. Eine Wirklichkeit, die durch eine Gesellschaft im Wertewandel, technologische Umwälzungen und internationale Verflechtungen ständig neu gefasst wird.

Dabei müssen die Errungenschaften des Grundgesetzes – die Würde des Menschen, die Rechtsstaatlichkeit, das Sozialstaatsprinzip, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die Gleichberechtigung – ständig verteidigt werden. Dafür braucht es einen handlungsfähigen Staat, der sich gegenüber internationalen Akteuren und einer globalisierten Wirtschaft behaupten kann, kritische und wachsame Medien und allen voran Bürgerinnen und Bürger, die sich interessieren, Solidarität üben und für das Gemeinwesen einsetzen.



SPD-Fraktion

Peer Steinbrück

... wurde 1947 in Hamburg geboren. Nach Abitur und Wehrdienst studierte er Volkswirtschaft und Sozialwissenschaft an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel. 1974 beendete er seine Hochschulausbildung als Diplom-Volkswirt. Nach unterschiedlichen Tätigkeiten als Mitarbeiter und Referent im Bundesbauministerium und im Bundesministerium für Forschung und Technologie amtierte er von 1977 bis 1978 als Persönlicher Referent der Bundesminister Hans Matthöfer und Volker Hauff. Tätigkeiten im Bundeskanzleramt und in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin folgten. Von 1981 bis 1982

war er Persönlicher Referent des Bundesministers für Forschung und Technologie, Andreas von Bülow, sowie von 1983 bis 1985 Koordinierender Referent im Arbeitsbereich Umweltschutz der SPD-Bundestagsfraktion.

1985 bis 1986 arbeitete Steinbrück als Grundsatzreferent für volkswirtschaftliche Fragen des Umweltschutzes im Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen. Von 1986 bis 1990 leitete er das Büro des Ministerpräsidenten Johannes Rau. 1990 bis 1992 amtierte Steinbrück als Staatssekretär im Ministeri-

um für Natur, Umwelt und Landesentwicklung, 1992 bis 1993 als Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein. 1993 bis 1998 war er Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr in Schleswig-Holstein, 1998 bis 2000 Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr in Nordrhein-Westfalen. 2000 bis 2002 war er Finanzminister sowie von 2002 bis Juni 2005 Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen. 2005 bis 2009 amtierte Steinbrück als stellvertretender Vorsitzender der SPD und als Bundesminister der Finanzen.

Zahlen Daten Fakten 2015:

Geglaubt ist nicht gewusst

Über den öffentlichen Dienst wird viel diskutiert: Personalmangel, Überalterung, Kostenstrukturen und Zuständigkeiten stehen immer wieder im Fokus des öffentlichen Interesses. Wer fundiert mitreden will, braucht eine belastbare Datenbasis, damit Debatten nicht ins Ideologische abdriften oder Glauben als Wissen verkauft wird. Der dbb liefert dazu mit dem statistischen Nachschlagewerk „Zahlen Daten Fakten 2015“ seit Jahren eine griffige Grundlage. Die Ausgabe 2015 wurde um Angaben zu den Frauenanteilen im öffentlichen Dienst ergänzt, um eine noch bessere Vergleichbarkeit der Beschäftigtenstruktur zu ermöglichen.



Aus dem ergänzten Zahlenmaterial lässt sich unter anderem ein Aspekt herauslesen, der die Gleichstellung im öffentlichen Dienst betrifft: Frauen verdienen im öffentlichen Dienst häufig immer noch durchschnittlich weniger als ihre männlichen Kollegen. Grund für den Einkommensunterschied ist der hohe Grad an Teilzeitarbeit der weiblichen Beschäftigten. Beinahe jeder dritte Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst ist ein Teilzeitarbeitsplatz (32,18 Prozent). 82,83 Prozent der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Insgesamt arbeiten rund 2,56 Millionen Frauen im öffentlichen Dienst. Obwohl das Tarif- und Besoldungssystem vordergründig für vermeintlich gleiche Verdienststrukturen sorgt, arbeiten Frauen seltener in Führungspositionen und öfter in anderen, insgesamt niedriger bezahlten Bereichen als Männer. So sind allein im Bereich soziale Sicherung, Familie und Jugend 573 924 Frauen beschäftigt. Daraus resultieren Einkommensdifferenzen von bis zu acht Prozent.

Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt beobachtet dieses Problem seit Langem und fordert Veränderungen: „Hier erweist sich die grundsätzlich diskriminierungsfrei angelegte Einheitlichkeit der Bezahlungssysteme des öffentlichen Dienstes nicht als Garantie auch für gleiche Einkommensperspektiven. Flexiblere Arbeitszeitmodelle, ein modernes Beurteilungswesen und

eine gesellschaftspolitisch hinterlegte Überprüfung der Vergütungsstrukturen wären erforderlich, um eine bessere Gleichstellung im Beruf zu erreichen.“

Auch Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, fordert einen geschlechtersensiblen Blick auf die bisherigen Einkommensstrukturen, um langfristig zu Veränderungen zu kommen: „Es ist nicht hinzunehmen, dass der Dienst am Menschen, für den sich viele Frauen entscheiden, der Gesellschaft weniger wert ist als eine technische Tätigkeit. Durch eine vermeintlich typische männliche oder weibliche Berufswahl dürfen die Weichen nicht länger für das künftige Einkommen gestellt werden.“ Aber nicht nur die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst lässt sich aus dem handlichen Zahlenwerk ableiten. Auch andere aktuelle Problemfelder lassen sich mit Zahlen Daten Fakten besser bewerten.

Der öffentliche Dienst in Deutschland ist zu teuer? Falsch, denn die Arbeitnehmerentgelte im öffentlichen Dienst in Prozent des Bruttoinlandsprodukts haben sich von 2003 bis 2012 im europäischen Vergleich nicht nur von 8,2 auf 7,6 Prozent abgesenkt, sondern liegen damit auch weit hinter vergleichbaren Ländern wie England (10,9 Prozent), Frankreich (13,2 Prozent), Italien (11,5 Pro-

zent) oder Spanien (11,2 Prozent). Unter 26 EU-Ländern geben nur die Tschechische Republik und die Slowakei mit 7,4 beziehungsweise 7,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes weniger für den öffentlichen Dienst aus als Deutschland – was gemessen an der Wirtschaftskraft dieser Länder wiederum viel ist.

Der öffentliche Dienst hat zu viele Beschäftigte? Ebenfalls falsch, denn die Zahl der Beamten und Arbeitnehmer hat sich von 1991 bis 2013 um 955 900 vermindert – bei gestiegener Aufgabenvielfalt. Darüber hinaus werden in den kommenden Jahren über 56 Prozent der heute über 45-jährigen Beschäftigten aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden (das sind mehr als 2,5 Millionen) und in den kommenden zehn Jahren mehr als 25 Prozent der heute über 55-jährigen (rund 1,1 Millionen). Die Folge wird eine weitere Verknappung des Personals sein.

Die Broschüre „Zahlen Daten Fakten 2015“ ist zur Jahrestagung des dbb in Köln am 12. Januar 2015 erschienen. Zahlengrundlage sind Material der Statistischen Landesämter, des Statistischen Bundesamtes, Informationen der Bundesministerien sowie eigene Berechnungen des dbb. „Zahlen Daten Fakten 2015“ steht unter www.dbb.de kostenlos zum Download zur Verfügung.

br



Impulsvortrag und Streitgespräch:

Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst

Grundsatzfrage ...

Zum 10. Mal findet die dbb Jahrestagung in Köln statt. Im Fokus steht diesmal der Wertewandel in unserer Gesellschaft, der sich nicht zuletzt in zunehmender Gewalt gegenüber Beschäftigten des öffentlichen Dienstes manifestiert. Muss der Staat sich als „starker Staat“ neu definieren?

18

... Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr

Das Phänomen Gewalt gegen Beamtinnen und Beamte – insbesondere auch zum Nachteil unserer Polizei – ist von landes- und bundesweiter Bedeutung. Bayern ist als Garant für die innere Sicherheit bekannt und hat klare Signale gesetzt, dass wir Angriffe auf unsere Beamtinnen und Beamten keinesfalls dulden. Wir haben bereits 2011 gezielt reagiert und umfangreiche Maßnahmen in die Wege geleitet. So geht etwa die Verschärfung des § 113 StGB auf eine Initiative Bayerns im Bundesrat zurück. Als Dienstherr sind wir darüber hinaus bestrebt, unsere Schutzpflicht gegenüber unseren Beamtinnen und Beamten bestmöglich zu erfüllen. Wir setzen etwa auf eine hochwertige Schutzausstattung für unsere Polizeibeamtinnen und -beamten, um das Verletzungsrisiko so weit wie möglich zu minimieren.

Auch künftig sehen wir uns aufgerufen, weiterhin alles zu tun, um die Zahl der Angriffe und ihre Folgen so gering wie möglich zu halten. Es gilt, mit aller Entschlossenheit die Sicherheit derer zu schützen, die uns schützen – im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger sowie der Sicherheit unseres Landes.



Bayerisches Staatsministerium

Joachim Herrmann

... wurde 1956 in München geboren und besuchte von 1962 bis 1966 die Volksschule und von 1966 bis 1975 das Gymnasium Fridericianum in Erlangen. Nach dem Abitur leistete er bis 1976 Grundwehrdienst in Mellrichstadt und Hammelburg und studierte von 1976 bis 1984 Rechtswis-

senschaft in Erlangen und München. Nach dem zweiten Staatsexamen war er von 1984 bis 1988 Regierungsrat und Oberregierungsrat in der Bayerischen Staatskanzlei. 1988 bis 1992 fungierte Herrmann als Leiter der Abteilung für öffentliche Sicherheit und Ordnung am Landratsamt

Erlangen-Höchstadt. Von 1992 bis 1994 war er Syndikus in der Rechtsabteilung der Siemens AG Erlangen.

1977 trat Herrmann in die CSU ein und gehört seit 1994 dem Bayerischen Landtag an. Er war Mitglied im Ausschuss für Verfassung, Rechts-

und Parlamentsfragen (1994 bis 1998), Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden (1994 bis 1997), Mitglied im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes (1996 bis 1997) und von 1997 bis 1998 stellvertretender Generalsekretär der CSU.

1998 bis 1999 amtierte er als Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie, Frauen und Gesundheit. Von 1999 bis 2003 war er stellvertretender Vorsitzender, von 2003 bis 2007 Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion. Seit

Oktober 2007 amtiert Herrmann als Bayerischer Staatsminister des Innern, seit Oktober 2013 als Bayerischer Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr. Seit Oktober 2008 ist er zudem Zweiter Stellvertreter des Bayerischen Ministerpräsidenten.

Bernhard Frevel

... wurde 1959 geboren. Er studierte Erziehungswissenschaft, Psychologie, Politikwissenschaft und Soziologie an den Universitäten Siegen, Köln und Hagen und wurde zum Doktor der Sozialwissenschaften promoviert. Nach Tätigkeiten als Geschäftsführer und stellvertretender Direktor der Landesmusikakademie NRW, als Wissenschaftlicher Angestellter im Kommundienst und freiberuflicher Arbeit als Sozialwissenschaftler lehrt er Politikwissenschaft und Soziologie an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW und ist seit 2009 Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Westfäli-

schen Wilhelms-Universität Münster. Dort leitet er unter anderem die Forschungsgruppe „Safety, Security and Policing“ der Graduate School of Politics.

Frevel ist Mitglied im Organisationsteam der Empirischen Polizeiforschung und im Arbeitskreis Innere Sicherheit (AKIS) sowie der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Neben der Polizei- und Kriminalforschung mit den Schwerpunkten kommunale Sicherheitspolitik und Polizeiausbildung befasst er sich auch mit Sozialpolitik und politischer Theorie.



Privat

Rainer Wendt

... wurde 1956 in Duisburg geboren. Nach der Hauptschule und der zweijährigen Handelsschule trat er im Oktober 1973 in den Dienst der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen ein. Nach seiner Polizeiausbildung 1976 machte er am Abendgymnasium Abitur, studierte einige Jahre lang an der Universität Duisburg Geschichte, Germanistik und Erziehungswissenschaften, entschied sich dann für ein Studium an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Duisburg, das er als Diplom-Verwaltungswirt abschloss. Nach Verwendung im mittleren Polizeivollzugsdienst in Duisburg wurde Rainer Wendt in verschiedenen Führungsfunktionen des gehobenen Dienstes, zuletzt als

Polizeihauptkommissar, eingesetzt. Nach erfolgreicher Tätigkeit in verschiedenen Funktionen der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) wurde Rainer Wendt 1997 Landesvorsitzender seiner Organisation in Nordrhein-Westfalen. Wenige Jahre später wurde er erstmals in den Landesvorstand des Beamtenbundes gewählt. Im Jahre 2007 wählten ihn die Delegierten des Bundeskongresses der Deutschen Polizeigewerkschaft zum Bundesvorsitzenden und bestätigten diese Entscheidung durch seine Wiederwahl vier Jahre später. Seit 2007 ist Rainer Wendt Mitglied des Bundesvorstandes des Deutschen Beamtenbundes und leitet dort die Fachkommission Innere Sicherheit.



Friedrich Windmüller



Gewalt gegen Staatsbedienstete:

Beschäftigte besser schützen

Die Gewalt gegen Bedienstete des öffentlichen Dienstes nimmt drastisch zu. Das hat eine Umfrage des gewerkschaftlichen Dachverbandes in seinen Landesbünden und Mitgliedsgewerkschaften ergeben. Bei den verbalen und physischen Übergriffen, von denen die eindeutigen Rückmeldungen berichten, handelt es sich nicht um ein Großstadtphänomen, sondern um eines, das keine regionalen Grenzen kennt.

Auch in Verwaltungsbereichen, in denen es um Hartz IV oder andere Zweige der Sozialversicherung geht, erleben die Beschäftigten ein Ausmaß der Gewalt. So wird sogar von Angriffen auf Mitarbeiter von Kfz-Zulassungsstellen berichtet, wenn etwa nicht die gewünschten Kennzeichen verfügbar sind. dbb Chef Klaus Dauderstädt hält die Entwicklung für äußerst besorgniserregend: „Da ist eine Mentalität entstanden, die hohes Anspruchsdenken und Aggressivität bei Verweigerungen in sich trägt.“ Die Erhebung zeige auch, dass die Gewaltbereitschaft quer durch die Milieus gestiegen sei. „Es handelt sich um eine Verrohung der Sitten. Der Umgangston in diesem Land hat sich verändert“, stellte Dauderstädt fest – der Staat werde als Institution, der man Respekt entgegenbringe, nicht mehr wahrgenommen: „Der Staat entwickelt sich für immer mehr Gesellschaftsschichten zum Gegner.“

Der dbb Chef fordert angesichts der aktuellen Entwicklung umfassende und nachhaltige Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten, die zunehmender Aggressivität ausgesetzt sind. „Diejenigen, deren Aufgabengebiete Konfliktpotenzial haben, sollten Deeskalationsschulungen erhalten“, so Dauderstädt. Außerdem müsse man

„in öffentlichen Gebäuden Umbaumaßnahmen erwägen. Metalldetektoren am Eingang von Gebäuden könnten mancherorts sinnvoll sein. Der rote Notfallknopf am Schreibtisch, wie man ihn aus Banken und von Juwelieren kennt, sollte vielleicht bald zur Ausstattung von Behördenmitarbeitern gehören.“ Der dbb Bundesvorsitzende nannte zudem die Abschaffung von Einzelbüros, damit Mitarbeiter nicht allein in einem Raum mit Besuchern sind, und appellierte: „Die Politik muss handeln.“

■ Tödliche Übergriffe

Immer wieder kommt es mittlerweile auch zu tödlichen Übergriffen auf Behördenmitarbeiter. 2013 wurde die Sachbearbeiterin einer Führerscheinstelle im Kreis Schleswig-Flensburg erstochen, weil sie einem Lkw-Fahrer die Fahrerlaubnis verweigerte. Ein verwirrter Rentner erschoss den Landrat des Kreises Hameln-Pyrmont in Niedersachsen in dessen Amtszimmer. Im Jahr davor erschoss in Karlsruhe ein Arbeitsloser aus Wut über die Zwangsräumung seiner Wohnung vier Menschen und sich selbst. Eines der Opfer war der



Andrey Burmakin – Fotolia

zuständige Gerichtsvollzieher. Anfang Dezember 2014 wurde ein Berater im Jobcenter in Rothenburg ob der Tauber niedergestochen. Das Opfer erlag noch vor Ort seinen schweren Verletzungen. Einer Studie der Hochschule Darmstadt zufolge, die 2012 eine bundesweite „Untersuchung zur Aggressivität und Gewalt in der Kundenbeziehung“ durchführte, an der mehr als 30 Behörden teilnahmen, berichteten nahezu 100 Prozent der Befragten von verbalen Konflikten, 66 Prozent von Beleidigungen, 51 Prozent von Drohungen, 14 Prozent von Sachbeschädigungen, 13 Prozent von körperlicher Gewalt und zwei Prozent von Waffengewalt. In einer weiteren aktuellen Untersuchung, die das Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaft der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Nordrhein-Westfalen vorgenommen hat, ist von einer durch das Personal „fast schon als alltäglich empfundenen Beleidigungskultur“ die Rede. ■

dbb Mitgliederzahlen:

Weiter im Aufwärtstrend

Der dbb hat bei den Mitgliederzahlen weiter zugelegt. Der gewerkschaftliche Dachverband verzeichnet zum Jahresende 2014 (Stand 1. Dezember) insgesamt 1 282 829 Mitglieder. „Der neuerliche Mitgliederzuwachs stärkt unsere Rolle als Spitzenorganisation“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 16. Dezember 2014 anlässlich der Veröffentlichung der neuen Verbandsstatistik in Berlin.

„Das gilt nicht nur mit Blick auf die Bedeutung als einflussreicher Interessenvertreter für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der privatisierten Bereiche. Wir sind auch ein Verband, der im Gegensatz zu vielen anderen Beschäftigtenvertretungen seit Jahren kontinuierlich Mitglieder hinzugewinnt“, machte Dauderstädt deutlich.

Ein Plus von 6 422 neuen Mitgliedern sei eine klare Bestätigung für die berufspolitische Arbeit des dbb, so der Bundesvorsitzende. Dabei habe

sich die organisatorische Integration der dbb tarifunion in die Reihen des dbb, mit der vor zwei Jahren diese Arbeit auf eine noch breitere Basis gestellt wurde, durchaus bewährt: „Wir sehen uns in unserer Durchsetzungsfähigkeit gestärkt“, so der dbb Chef.

Von den 1 282 829 dbb Mitgliedern sind 912 012 Beamte (2013: 908 137) und 370 817 Angestellte (2013: 368 270). In den Reihen des dbb organisiert sind nun 408 357 Frauen (3 902 mehr als im Vorjahr) und

874 472 Männer (ein Zuwachs um 2 520 gegenüber 2013). Zu dieser positiven Mitgliederentwicklung tragen auch die vom dbb jährlich aufgelegten Werbeaktionen zur Unterstützung der Fachgewerkschaften bei. Für jedes neu geworbene Mitglied erhält der Werber einen Bonuspunkt, und unter allen Werbern verlost der dbb jedes Jahr zusätzlich einen attraktiven Sonderpreis. Das Motiv zur Kampagne 2015 „Solidarität leben – Mitglieder werben“ kann in der Bundesgeschäftsstelle ab sofort abgerufen werden. ■

Solidarität leben – Mitglieder werben



dbb
Werbe-
aktion
2015

Werben Sie für Ihre Fachgewerkschaft ...
... und der dbb belohnt Sie mit einem Wertscheck und verlost am Ende der Aktion unter allen Werbern zusätzlich einen attraktiven Sonderpreis.
(Aktionsschluss: 29. Februar 2016)

Infos:
www.dbb.de/mitgliederwerbung
Telefon: 030.4081-40
Fax: 030.4081-5599
E-Mail: werbeaktion@dbb.de

dbb
beamtenbund
und tarifunion

Friedrichstraße 169/170
10117 Berlin



Coloures-pic – fotolia



Glosse:

Wertewandel satirisch betrachtet

Bei uns glühen gerade die Drähte

Haben Sie schon einmal versucht, bei einem Onlineversand eine Frage zu stellen oder gar eine Beschwerde loszuwerden und – naiv und gutgläubig wie Sie (und ich) sind – die Hotline gewählt? Tun Sie es nicht! Außer Sie sind physisch und psychisch in bester Verfassung, verfügen über reichlich Zeit und verzweifeln am Ende nicht, wenn Sie keinen Schritt weitergekommen sind. Doch gemacht, denn zunächst läuft alles wie am Schnürchen. Sie wählen die Nummer und sind, schwupp, verbunden.

Eine sonore, Vertrauen weckende Männerstimme heißt Sie herzlich willkommen und verkündet triumphierend: „Für allgemeine Fragen wählen Sie die 1, für Fragen nach dem Stand Ihrer Lieferung die 2, für Reklamationen die 3.“ O.K., also die 3 gewählt und alle Argumente noch einmal schnell rekapituliert, denn man will ja nicht dumm erscheinen, wenn sich gleich der Experte meldet.

Musik ertönt und die schon bekannte sonore Stimme lässt Sie wissen: „Entschuldigen Sie bitte die Warte-

zeit. Leider sind aktuell alle Mitarbeiter im Gespräch. Bitte geben Sie uns noch einen Augenblick. Wir werden Sie so bald wie möglich an einen Mitarbeiter weiterverbinden.“ Ende der Durchsage. Musikeinlage. Nach mehr als einem Augenblick heißt es dann: „Bei uns glühen gerade die Drähte. Aber keine Sorge. Wir unternehmen alles, Sie schnellstmöglich mit dem

nächsten Mitarbeiter zu verbinden.“ Sie schöpfen Hoffnung und stellen sich vor, wie ein emsiger Mitarbeiter wirklich „alles“ unternimmt und Ihnen zu Hilfe eilt. Doch nach der obligatorischen Musikeinlage hören Sie Folgendes: „Vielen Dank für Ihre Geduld. Wir wissen das zu schätzen. Und sind umgehend bei Ihnen.“ Na ja, aber was heißt bloß „umgehend“? Wieder Musik, doch was ist das? Die Stimme klingt vertraut: „Bei uns glühen gerade die Drähte ...“ (welche Drähte?) ... Musik. Nach zehn Minuten sind Sie genervt, nach 20 Minuten richtig sauer, nach 40 Minuten würden Sie den Herrn mit den Durchhaltensprüchen am liebsten durch den Hörer zerren und erwürgen (bildlich gemeint natürlich).

Das Ohr tut weh, der Arm hält den Hörer nicht mehr. Sie sind am Ende. Aber Sie wissen endlich, was Hotline bedeutet: „Bei uns glühen gerade die Drähte ...“. Und wehmutsvoll erinnern Sie sich an die gute alte Zeit. Sie wären in den Laden gegangen, hätten umgehend mit einem kompetenten Mitarbeiter gesprochen und Ihr Problem wäre, schwupp, gelöst worden.



Syda Productions – fotolia

2006 bis 2015 – zehn Jahre dbb Arbeitstagen in Köln:

Ein spannendes Jahrzehnt

Eine Tradition schreibt sich seit 1959 fort: Von der Bühler Höhe im Schwarzwald über den fränkischen Kurort Bad Kissingen wurde die wichtigste Tagung des dbb 2006 nach Köln auf das Messegelände verlagert. Hintergründe des Ortswechsels waren vor allem die notwendig gewordene Vergrößerung der Veranstaltungsfläche und die steigenden Anforderungen an eine moderne Tagungstechnik. Tradition ist im Rahmen der Tagung auch der verbale Schlagabtausch zwischen den dbb Chefs und den Bundesinnenministern.

Letztere präsentierten sich passend zur Winterzeit meist kühl und ließen kaum Zweifel daran, dass der Rotstift ihre politischen Entscheidungen prägte. Der dbb setzte dagegen auf Dialog und konstruktive Vorschläge: ein Rückblick auf ein spannendes „Kölner Jahrzehnt“.





> Mehr Wertschätzung für den öffentlichen Dienst forderte die Bundeskanzlerin 2012. Im Bild von links Frank Stöhr, Angela Merkel und Peter Heesen.

Die Premiere der dbb Arbeitstagungen in Köln fand 2006 unter dem Leitmotiv „Staat – Wie viel? Wofür? Warum?“ statt. Sie verlief – wie alle weiteren auch – reibungslos. Alle Beteiligten waren mit der KölnMesse als neuer Tagungsstätte und deren großzügigen Räumlichkeiten mehr als zufrieden, sodass die Teilnehmerzahlen von knapp 600 im Jahr 2006 auf Rekordhöhe 2013 kletterten: 730 Gäste folgten damals den Vorträgen und Diskussionen rund um das Thema „Der öffentliche Dienst – Vorbild und Vorteil für Deutschland“.

„17 verschiedene Dienstrechte anstelle von einem führen zu mehr Bürokratie und Personalaufwand, Rechtswildwuchs und weniger Bezahlungsgerechtigkeit. Hier wird siegesgewiss in die Sackgasse abgebogen.“

dbb Chef Peter Heesen 2006

Der dbb hat bei seiner Themenwahl nicht nur den öffentlichen Dienst in den Fokus gestellt und die Diskussion über die künftigen Aufgaben des modernen Rechts- und Sozialstaates neu angestoßen, sondern stets über den Tellerrand geblickt und allgemein- und gesellschaftspolitische Frage-

stellungen aufgegriffen. 2012 beispielsweise die Auswirkungen des demografischen Wandels auf Staat und Gesellschaft, oder 2010 die weitere Entwicklung Europas.

Zwei dbb Bundesvorsitzende, Peter Heesen bis 2012, Klaus Dauderstädt ab 2013, kreuzten in Köln rhetorisch die Klänge mit vier Bundesinnenministern: zwischen 2006 und 2009 mit Dr. Wolfgang Schäuble, 2010 und 2011 mit Thomas de Maizière, 2011 und 2012 mit Dr. Hans-Peter Friedrich und ab 2013 erneut mit Thomas de Maizière, der auch für 2015 sein Kommen zugesagt hat. Im Wesentlichen bestimmten drei grundlegende Entwicklungen die von den Innenministern vorgetragenen Überlegungen zur Fortentwicklung des öffentlichen Dienstes: die Föderalismusreform, der demografische Wandel und die Haushaltskonsolidierung in Folge der Finanzkrise, wobei stets der Ansatz des „flexiblen Sparens“ im Mittelpunkt stand. Ein Ansatz, der nicht nur von den dbb Chefs zurückgewiesen wurde, sondern auch von Politikern aus Bund und Ländern. So stellte beispielsweise der saarländische

Die Kölner Themen

- 2006 Staat – Wie viel? Wofür? Warum?
- 2007 Reformbaustelle Deutschland
- 2008 Staat oder privat? – Erfahrungen und Erwartungen
- 2009 Ideenwerkstatt für den öffentlichen Dienst
- 2010 Europa nach Lissabon – fit für die Zukunft?
- 2011 Die Zukunft der Staatsfinanzen: Staatseinnahmen – Verteilung – Ausgaben
- 2012 Demografischer Wandel – Was ist zu tun?
- 2013 Der öffentliche Dienst – Vorbild und Vorteil für Deutschland
- 2014 Stets zu Diensten? – Der Staat im 21. Jahrhundert
- 2015 Verfassung ohne Verfallsdatum – Gesellschaft im Wertewandel

Ministerpräsidenten Peter Müller mit Blick auf Einsparungen im öffentlichen Dienst 2007 fest: „Ich glaube, das Ende der Fahnenstange ist erreicht.“

„Wettbewerb zwischen den Ländern ist gut und notwendig, aggressiver Wettbewerbsföderalismus dagegen führt zur Kleinstaaterei und widerspricht den Vorgaben unserer Verfassung.“

Ralf Stegner, Innenminister von Schleswig-Holstein 2006

Ähnliche Aussagen trafen auch die innenpolitischen Experten der Bundestagsfraktionen, die Jahr für Jahr die aktuellen Entwicklungen im öffentlichen Dienst diskutierten – und weiter diskutieren werden. Auch das ist längst Tagungstradition geworden.



➤ Freundlich im Umgang – hart in der Sache: Bundesinnenminister Thomas de Maizière (links) und dbb Chef Klaus Dauderstädt.

„Sicher ist, dass wir keinen freiheitlichen Rechtsstaat hätten ohne einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst. Das war so, das ist so und das bleibt auch so.“

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble 2009

Bedenken äußerten sie insbesondere gegen die mit der Föderalismusreform eingetretene Zersplitterung des Beamten- und Besoldungsrechts. Die anfangs große Freude der Ministerpräsidenten scheinete der Erkenntnis zu weichen, „etwas vorlaut ‚Hurra‘ geschrien zu haben“, stellte Ralf Göbel (CDU/CSU) 2008 fest. Und Petra Pau (Die Linke) prognostizierte zwei Jahre später, dass das Dickicht der länderspezifischen Regelungen in spätestens zehn Jahren wieder reformiert und in bundeseinheitliche Regelungen zurückgeführt werden müsse.

➤ Was Staat macht

Zu den Fachthemen der Jahrestagungen standen stets ausgewiesene Fachleute für Vorträge oder Diskussionsrunden zur Verfügung. So referierte zum Beispiel 2008 Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) zur Frage „Wie viel Privatisierung verträgt der Staat?“ Ihr Fazit: „Wer glaubt, mehr Privatisierung würde auch zu weniger Staat, Gesetzen und Paragrafen führen, der täuscht sich.“ Im Telekommunikationsbereich habe

sich die Zahl der einschlägigen Gesetze durch die Privatisierung verdreifacht. Auswüchse, Übertreibungen und enttäuschte Erwartungen von Privatisierungen seien allseits bekannt. Deshalb „ist es kein Wunder, dass die Skepsis gegenüber weiteren Privatisierungen wächst.“

2013 befasste sich Prof. Dr. Udo Di Fabio mit der Frage „Justiz als TÜV für die Politik?“ Dabei verteidigte der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht das von Bürgern und Medien oft kritisierte Spannungsverhältnis zwischen Verfassungsrichtern und Gesetzgebern und sprach sich ge-

gen eine Delegitimierung politischer Prozesse aus. Die Arbeitsteilung zwischen Legislative und Judikative biete „eine größere Gewähr, dass Gesetze auch vollziehbar sind.“ Dies sei auch für die Verwaltung entscheidend, denn der Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes solle sich auch in der praktischen Anwendung der Gesetze niederschlagen. Unter diesem Gesichtspunkt seien auch die im Grundgesetz genannten hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu verstehen. Diese seien nicht als soziale Wohltat für Beamte gedacht, sondern ermöglichten die formal korrekte Umsetzung der Gesetze durch die Verwaltung. Damit dienten sie letztlich auch dem Schutz der Freiheit der Bürger, da sie diesen die Überprüfung und Einspruchsmöglichkeiten bezüglich ihres Einzelfalls eröffneten.

„Um gut ausgebildete Leute zu bekommen, muss der öffentliche Dienst attraktiver werden. Wir müssen Motivation stärken. Wir müssen den jungen Menschen klarmachen, dass der öffentliche Dienst nicht uncool ist, sondern wichtig.“

Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion 2010

➤ Weniger, vielfältiger, älter

Auch für den politischen Teil der Tagungen trugen Repräsentanten des Bundes, der Länder und der Kommunen sowie Vertreter der Opposition



➤ Bundesjustizministerin Brigitte Zypries kritisierte 2008 den Privatisierungswahn.



> Der frühere Richter am Bundesverfassungsgericht, Udo Di Fabio.



> Petra Pau (Die Linke): Absage an die Föderalismusreform.

und aus Verbänden und der Wissenschaft zu neuen Sichtweisen und Lösungsmodellen für die zur Diskussion stehenden Themen bei. 2012 forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel mehr Wertschätzung für den öffentlichen Dienst. „Wir werden weniger, vielfältiger und im Durchschnitt älter“, stellte die Kanzlerin fest. In dieser veränderten Lebenswelt würden sich auch „die Erwartungen der Bürger an und die Arbeit im öffentlichen Dienst massiv verändern“. Der Bürger

„Die Versorgung der Menschen, die ein Berufsleben in den Dienst der öffentlichen Verwaltung gestellt haben, darf nicht als ‚Last‘ und erst recht nicht als ‚explodierende Last‘ verstanden werden. Es sind Ansprüche, die die Bediensteten mit ihrer Arbeit erworben haben.“

Norbert Walter-Borjans,
Innenminister von NRW 2012

habe kein Interesse an unterschiedlichen Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Kommunen, und er wolle keine Brüche an den Schnittstellen: „Der Bürger will, dass es klappt.“ Auch das ist – wenn man so will – nichts anderes als eine Bankrotterklärung für die Föderalismusreform.

Bundestagspräsident Norbert Lammert befasste sich 2009 anlässlich der 50. Jahrestagung in seinem Festvortrag „Einigkeit. Und Recht. Und Freiheit. 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ mit der beispiellosen

Überzeugungskraft, die das Grundgesetz in der Geschichte der Bundesrepublik entfaltet und schließlich zu Mauerfall und deutscher Einheit geführt habe. Den Vätern des Grundgesetzes bescheinigte Lammert eine grandiose Aufbauleistung in schwierigsten Zeiten, vor der die heutige Krisenbewertung wie „ein erschreckender Nachweis des Verlusts aller Maßstäbe bei der Beurteilung von Herausforderungen“ erscheine. Anlässlich des Werteverfalls und der zunehmenden Gewalt gegenüber Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes eine beklemmend aktuelle Einschätzung.

Am 12. und 13. Januar 2015 findet die dbb Jahrestagung zum zehnten Mal in Köln statt. Das Thema lautet „Verfassung ohne Verfallsdatum – Gesell-

„Der Bürger hat kein Interesse an unterschiedlichen Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Kommunen, und er will keine Brüche an den Schnittstellen. Der Bürger will, dass es klappt.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel 2012

schaft im Wertewandel“, der sich nicht zuletzt in zunehmender Gewalt gegenüber Beschäftigten des öffentlichen Dienstes manifestiert. Zum traditionellen politischen „Schlag-



> Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich war 2011 und 2012 Gast des dbb in Köln.

„Der Staat darf sich seiner Verantwortung gegenüber den Staatsbürgern nicht entziehen. Der Abbau öffentlicher Leistungen einerseits und die politische Einmischung in funktionierende Systeme wie der Tarifpluralität andererseits sind nicht geeignet, die Funktionsfähigkeit des Landes zu sichern.“

dbb Chef Klaus Dauderstädt 2014

abtausch“ über die aktuelle Lage im öffentlichen Dienst wird der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt zu Beginn der Jahrestagung den Bundesminister des Innern Dr. Thomas de Maizière begrüßen. Zudem erwartet der gewerkschaftliche Dachverband Norbert Walter-Borjans, den Finanzminister des gastgebenden Landes Nordrhein-Westfalen, sowie die innenpolitischen Sprecher der im Bundestag vertretenen Parteien. Neben der anstehenden Einkommensrunde für die Landesbeschäftigten und der geplanten Gesetzgebung zur Zwangs-Tarifeinheit wird auch der zunehmende Nachwuchs- und Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst in Deutschland diskutiert werden. Seine Sichtweise zum gesellschaftlichen Wertewandel steuert am Nachmittag des 12. Januar 2015 der ehemalige NRW-Ministerpräsident



> Bundestagspräsident Norbert Lammert hielt 2009 zur 50. Jahrestagung den Festvortrag.

und Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) bei.

Am zweiten Tag der Jahrestagung steht das Thema „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst“ sowohl im Mittelpunkt eines Impulsvortrags des Bayerischen Staatsministers des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann, als auch des Podiumsgesprächs zwischen Prof. Dr. Bernhard Frevel, Fachhochschule für öffentliche

Verwaltung NRW, und Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft.

„Manche halten den Beamten deutscher Prägung für überholt. Wir nicht!“

dbb Chef Klaus Dauderstädt 2014

Hintergrundinformationen über Themen und Referenten finden Sie auf den ersten Seiten dieses dbb Journals.

sm



> Engagiert und streitbar gaben sich stets die Teilnehmer an den Podiumsdiskussionen. Im Bild rechts: Manfred Erdenberger, der über viele Jahre die Expertenrunde in Bad Kissingen und Köln moderierte.

Bundesweit für Sie da:
Mit Direktbank und
wachsendem Filialnetz.



Für uns: das kostenfreie Bezügekonto¹⁾

¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung.¹⁾

Vorteil für dbb-Mitglieder:

- 30,- Euro Startguthaben über das dbb vorsorgewerk

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen speziellen Vorteile** Ihres neuen Kontos für Beschäftigte im öffentlichen Dienst:

Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder www.bezuegekonto.de



Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst